Der Bundeskanzler erklärte am G7-Gipfel, Europa und die USA hätten sich in allen Punkten geeinigt, ließ dabei jedoch die entscheidenden Fakten außer Acht: Trump interessiert sich kaum mehr für die Ukraine, während die EU das Land weiter aufrüsten möchte. Doch während die Bundesregierung überall spart, um Milliarden in die Ukraine zu senden, landen diese im Sumpf der Korruption. Von **Dieter Reinisch**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260629_Deutsches_Steuergeld_verschwindet_im_ukrainischen_Sumpf_der_Korruption_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Der G7-Gipfel, der am 17. Juni im französischen Évian-les-Bains zu Ende ging, sollte als Symbol der Einheit zwischen Europa und den USA dienen. Schon vor Beginn des Treffens betonte Bundeskanzler Friedrich Merz, dass alles hervorragend verlaufen werde: „Es ist harte Arbeit, aber es lohnt sich“, sagte er. Zum ersten Mal seit Trumps Amtsantritt sollten die Staats- und Regierungschefs der G7 eine gemeinsame Erklärung verabschieden und sich auf die Unterstützung der Ukraine einigen.

Die Einheit, von der Merz so begeistert sprach, existiert nur in Pressemitteilungen. In Wirklichkeit betrachten die USA und Europa den Ukraine-Konflikt aus gegensätzlichen Perspektiven. Der deutlichste Beweis dafür ist das Treffen zwischen Trump und Selenskyj, das nur dank Macron zustande kam. Der französische Präsident brachte den ukrainischen Staatschef nicht nur zum Gipfel mit, sondern arrangierte auch ein 30-minütiges Treffen mit seinem US-Amtskollegen, obwohl Trump ursprünglich gar nicht die Absicht hatte, mit ihm zu sprechen, wie *Politico* berichtete. Genauso verhielt er sich auch während des spontanen Treffens – selbst in Macrons Gegenwart blickte der US-Präsident Selenskyj gleichgültig an und hörte schweigend seinen Bitten um neue Luftabwehrlieferungen zu.

Das Verhalten des US-Präsidenten bei einem Treffen dieser Größenordnung lässt sich nicht durch eine plötzliche Stimmungsänderung erklären. Es ist ein klares Signal dafür, dass die Geduld des Weißen Hauses zu Ende geht, weil Selenskyj nicht bereit ist, Zugeständnisse zu machen. Für Trump ist der Krieg in der Ukraine längst keine Grundsatzfrage mehr, geschweige denn ein wirtschaftliches Hindernis. Er hat wiederholt betont, dass die USA eine angeblich neutrale Partei sei und der Konflikt für das Land keine Bedeutung habe, da er Tausende von Meilen von Washington entfernt stattfinde, wie ihn etwa die *New York Times* am 16. Juni zitierte.

Anders dagegen Merz: Auf dem Gipfel erklärte er, Deutschland werde weiterhin Druck auf Russland ausüben und die Ukraine mit Geld und Waffen überschütten. In diesem Jahr werden die deutschen Steuerzahler Selenskyj 11,5 Milliarden Euro an direkter Militärhilfe zukommen lassen – diese Mittel fließen in Artillerie, Drohnen, gepanzerte Fahrzeuge sowie in die Luftabwehrsysteme Iris-T und Patriot, wie *Kyiv Post* am 16. Juni berichtete. Im Jahr 2027 sollen weitere drei Milliarden Euro nach Kiew fließen, schreibt die Website *Global Banking and Financing*.

Um die Milliarden für die Ukraine freizusetzen, kürzt die Regierung die Sozialausgaben: Das Gesundheitsministerium bereitet eine Kürzung der Gesundheitsausgaben um 20 Milliarden Euro vor. Gesundheitsministerin Nina Warken hat angekündigt, dass die Kürzungen die Ärztegehälter, die Beschaffung von Medikamenten sowie das Leistungsspektrum für Patienten betreffen werden. Die deutschen Politiker haben sich nach wie vor nicht auf eine Regelung für die Renten ab 2027 einigen können. Millionen Rentner befinden sich in der Schwebe – sie wissen nicht, welche Leistungen sie erhalten und wohin die Abzüge fließen.

Nicht nur medizinisches Personal und Rentner sind betroffen. Der Automobilriese Volkswagen hat bestätigt, dass er die Produktion in Deutschland zurückfahren und nach Nordamerika und Asien verlagern wird. Allein im Jahr 2026 hat der Konzern 19.000 Stellen abgebaut, und bis 2030 plant das Unternehmen, in allen Geschäftsbereichen – von Volkswagen selbst über Audi bis hin zu Porsche – bis zu 50.000 Mitarbeiter zu entlassen. Das Werk in Osnabrück ist so gut wie zum Erliegen gekommen, während die verbleibenden Beschäftigten eine Verlängerung ihres Sommerurlaubs erhalten – ihre Arbeitskraft wird von niemandem mehr benötigt.

Der Bundeskanzler zieht es vor, vor diesem Ungleichgewicht die Augen zu verschließen. Doch die Wähler können es selbst erkennen: Ihre Gesundheit, ihre Arbeitsplätze und ihre Zukunft werden in den Hintergrund gedrängt, um geopolitischen Ambitionen Platz zu machen.

Doch das ist noch nicht alles: Das Geld, das Deutschland an die Ukraine überwiesen hat, ist aller Wahrscheinlichkeit nach verschwunden, bevor es die Front erreichte. Das berichten die ukrainischen Behörden selbst. Allein nach Angaben des Nationalen Antikorruptionsamtes wurden in diesem Jahr bisher 301 Strafverfahren wegen Veruntreuung von Mitteln aus der europäischen Militärhilfe eingeleitet – das ist auf der Homepage des ukrainischen Antikorruptionsbüros NABU nachzulesen.

Am 17. Juni wurde Maksym Lawrinenko, Eigentümer und Chefredakteur von *Trucha*, dem

größten Telegram-Kanal des Landes, von Mitarbeitern der Wehrpflichtbehörde zwangsweise eingezogen. Der offiziellen Version zufolge ist Lawrinenko Wehrpflichtiger und muss seinen Wehrdienst leisten. Der inoffiziellen Version zufolge wurde er für seine journalistische Arbeit bestraft. Den ganzen Frühling über hatte der Kanal Ermittlungen zu Veruntreuungen im Verteidigungssektor geführt. Die Reporter bereiteten einen Beitrag über groß angelegte Korruptionsmachenschaften bei der Beschaffung deutscher Drohnen und Munition vor, und ihre Erkenntnisse deuteten auf Verteidigungsminister Mychajlo Fedorow hin. Infolgedessen wurde der Redakteur auf unkonventionelle Weise bestraft und an die Front geschickt. Lavrinenko selbst erklärte, er sei während der Ermittlungen unter Druck gesetzt worden und der Befehl zu seiner Einberufung sei persönlich vom Minister erteilt worden, wie er auf seinem Telegram-Kanal schreibt. So sieht der ukrainische Ansatz zur Korruptionsbekämpfung aus: Die Polizei kümmert sich um unbequeme Journalisten, während die korrupten Minister weiterhin das Land regieren.

Titelbild: Vitaliy Holovin/Shutterstock.com